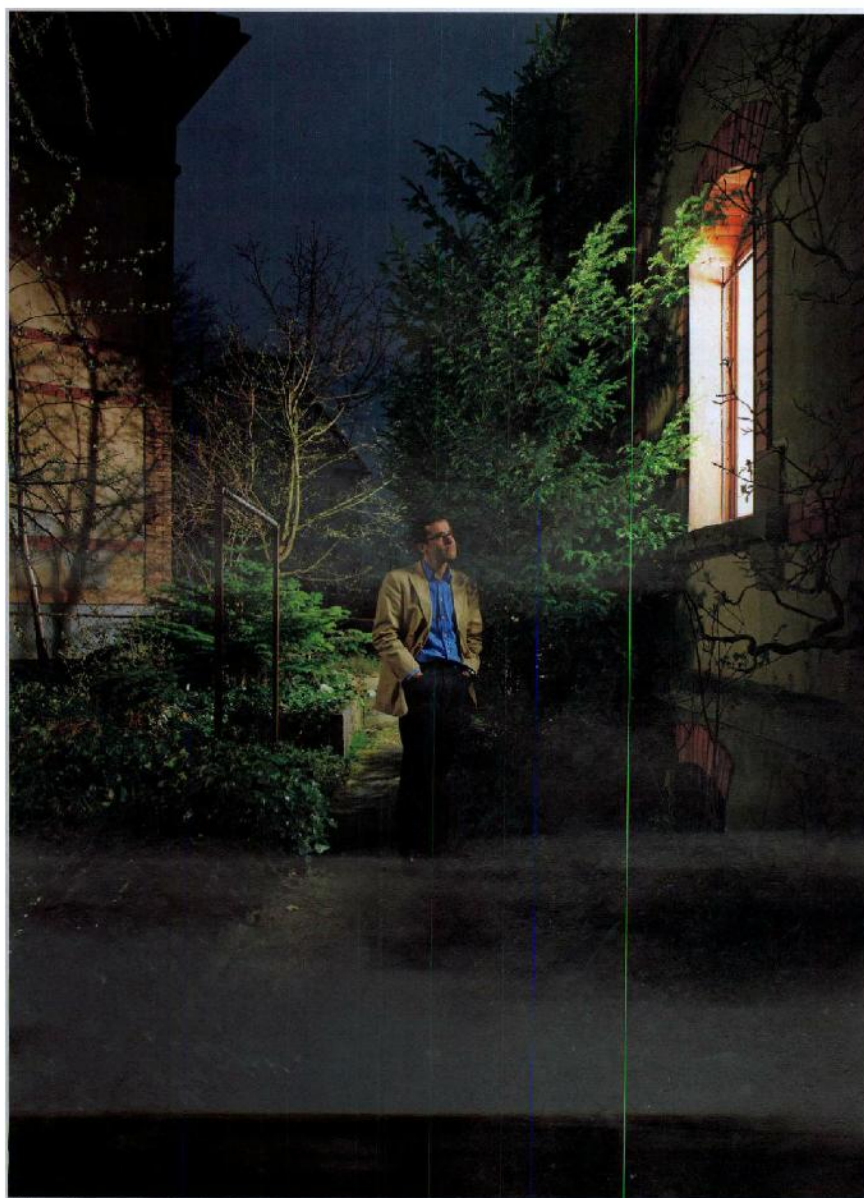


# ZURÜCK ZUR MORAL

Der deutsche Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann hat der Schweiz eine Moralpredigt gehalten und ist zum Buhmann geworden. Ein klärendes Gespräch

VON GUIDO MINGELS UND MARTIN BEGLINGER  
BILD GIAN-MARCO CASTELBERG



Ethiker Thielemann, im Lichte der Vernunft, vor seinem Büro an der HSG



Argus Ref 35032907

**D**as Haus, in dem uns Ulrich Thielemann zum Gespräch empfängt, sieht eher aus wie ein Asylbewerberheim als ein Institut der Universität St. Gallen; es dürfte eines der baufälligsten auf dem vornehmen Rosenberg in St. Gallen sein. Geld ist offensichtlich wenig vorhanden an dem Ort, an dem man intensiv über Geschäft und Moral nachdenkt. Das Institut für Wirtschaftsethik gehört zwar unter das grosse Dach der HSG, legt aber Wert auf seine Unabhängigkeit. Ulrich Thielemann, heute 47, kam vor zwanzig Jahren als Doktorand aus Deutschland an die HSG. Mittlerweile ist er Vizedirektor des von Peter Ulrich geleiteten Institutes, doch bis vor vier Wochen kannte man ihn kaum über seinen Fachzirkel hinaus. Dann trat er, auf Einladung der Grünen, vor einem Bundestagsausschuss in Berlin zum Thema Steuerflucht auf. In der öffentlichen Wahrnehmung blieben gerade mal zwei Worte des Schnellredners Thielemann hängen: «fehlendes Unrechtsbewusstsein», das die Schweiz in Bezug auf das Bankgeheimnis habe. Doch sie reichten aus, um den Wirtschaftsethiker auf die Frontseiten zu katapultieren. Seither gilt er hierzulande manchen als kleiner Steinbrück und anderen als Leuchtturm der Moral. Leute wie der pensionierte HSG-Professor Franz Jaeger finden, man müsste Thielemann seiner Aussagen wegen schlicht entlassen — und garantiert nicht zum Nachfolger des bald zurücktretenden Peter Ulrich wählen, für dessen Lehrstuhl Thielemann sich derzeit bewirbt. «Aus Wirtschaftskreisen», sagte Jaeger im «St. Galler Tagblatt», «wird immer wieder Kritik am Institut für Wirtschaftsethik geübt. Man sucht seit Langem nach einem handfesten Grund, der gegen Thielemann spricht. Jetzt hat er ihn selber geliefert.» Zu seiner Bewerbung mag sich Thielemann allerdings nicht äussern und ebenso wenig zur scharfen Kritik von HSG-Rektor Ernst Mohr, der ihm vorwarf, er habe sich «höchst naiv verhalten»

und «mit seinem Auftritt dem Image der HSG geschadet».

Ansonsten aber bleibt Thielemann jederzeit eloquent, nicht zuletzt in seiner wöchentlichen Vorlesung, die er unmittelbar vor dem Gespräch mit dem «Magazin» hielt. Es war, mit zwölf anwesenden Studenten, nicht gerade ein Massenauflauf im Hörsaal, wo er über die «neue Radikalität im Management» referierte. Diesmal gings um den «Fall Nokia und den Konflikt zwischen Zivilgesellschaft und Kapitalmarkt», konkret um das Nokia-Werk Essen mit 2300 Beschäftigten, das geschlossen und ins billigere Rumänien verlegt wurde, obwohl der Betrieb im Vorjahr noch 134 Millionen Euro Gewinn gemacht hatte. «Entlassungen aus Not oder ohne Not?», hiess die Frage eines studentischen Eingangsreferats. «Aus Not oder aus Gier?», sei hier wohl die Frage, meinte Thielemann; für ihn eigentlich keine Frage, für andere offenbar schon. Gegen Ende der Vorlesung fragte jedenfalls ein Student: «Wo bleibt denn hier eigentlich die unternehmerische Freiheit? Werden wir hier wieder einem kommunistischen Ideal verpflichtet?» «Bitte, bitte nicht so undifferenziert», gab ihm Thielemann zur Antwort, «ich verlange eine Begründung mit Hand und Fuss. Und die Begründung «Mehr Gewinn für die Eigentümer» ist keine Begründung, sondern blanke Macht.»

**Herr Thielemann, die Öffentlichkeit hierzulande war sehr erzürnt darüber, dass Sie vor dem deutschen Bundestag im Zusammenhang mit dem Bankgeheimnis behaupteten, in der Schweiz bestehe «keinerlei Unrechtsbewusstsein». Es gab da viele Missverständnisse. Lassen Sie uns klären: Wer hat in der Schweiz in Bezug worauf ein mangelndes Unrechtsbewusstsein?**

Zunächst einmal stelle ich fest, dass es grundsätzlich in der Schweiz sehr wenig

Wissen über das Bankgeheimnis gibt. In den Diskussionen der vergangenen Jahrzehnte bestand grosse Unklarheit über den eigentlichen Tatbestand. Dieser be-

steht darin, dass ein Staat Bürger, die in einem anderen Staat wohnhaft sind, steuerlich behandelt. Dies widerspricht dem Wohnsitzprinzip, das besagt, dass die Steuerpflichtigen dort Steuern zahlen sollen, wo sie ihren Wohnsitz haben. Exakt dies unterläuft die Schweiz, wenn sie den fiskalischen Informationsaustausch verweigert. Sie nimmt sich damit das Recht heraus, Personen, die für die Schweiz Steuerausländer sind, von ihrer Steuerpflicht zu befreien. Die Schweiz macht sich damit des Eingriffs in die legitime Steuerautonomie des jeweiligen Wohnsitzstaates schuldig.

**In der Schweiz herrscht derzeit aber der umgekehrte Eindruck, dass sich das Ausland, namentlich Deutschland, in die Autonomie der Schweizer Steuergestaltung einmischet.** Dieser Eindruck mag herrschen, de facto ist aber das Gegenteil der Fall. Wieso, bitte sehr, darf die Schweiz diese Personen von den Steuern befreien? Welches Recht hat sie dazu? Dann sagen die Leute: Ist doch klar, dass die Deutschen hierher kommen, wenn die Steuern bei uns so viel tiefer sind. Wer so argumentiert, versteht den Tatbestand nicht. Denn um Leute, die in der Schweiz anwesend sind, geht es gar nicht. Es geht allein um Leute, die weiterhin im Ausland wohnen, aber ihr Geld in die Schweiz bringen, um Steuern in ihren Wohnsitzstaaten zu hinterziehen. Und diesbezüglich besteht eben in der Schweiz kein Unrechtsbewusstsein, noch nicht einmal ein Problembewusstsein. Ich habe den Eindruck, dass weite Kreise der Bevölkerung gar nicht wissen, worum es eigentlich geht. Die Banker und die Eliten allerdings, die wussten es schon immer. **Aber was heisst hier Unrecht? Steuerhinterziehung ist nach Schweizer Gesetz nun mal kein Unrecht. Die**

**geltende Rechtsordnung wird befolgt. Es gibt also kein Unrechtsbewusstsein.** Das ist eine legalistische Argumentation, keine ethische. Das Gesetz selbst ist eben ethisch nicht rechtfertigbar. Was ich beobachte, ist eine bestimmte Stimmung im Land. Eine Stimmung, wonach bis vor kurzer Zeit keinerlei Offenheit dafür bestand, die Unrechtmässigkeit der Besteuerung von Ausländern überhaupt zu thematisieren. Ein gutes Beispiel dafür ist die Äusserung von Bundesrat Hans-Rudolf Merz in einem Interview, man hätte ihn ja «für verrückt erklärt», wenn er ohne Druck von aussen das Bankgeheimnis zu lockern begonnen hätte. Es fehlt an Einsicht.

**Erklären Sie bitte das Wohnsitzprinzip.** Das Wohnsitzprinzip ist der Grund für das Besteuerungsrecht der Staaten und überlässt die autonome Ausgestaltung des Steuersystems dem jeweiligen Wohnsitzstaat. Dieses Prinzip duldet keine Ausnahme. Begründet wird es mit den gemeinschaftlichen Aufgaben, die ein demokratischer Rechtsstaat sich selbst gibt und deren Kosten von denjenigen getragen werden sollen, die einen Bedarf für öffentliche Leistungen überhaupt erst begründen. Und das sind eben diejenigen, die dort wohnen. Sie fahren auf den Strassen und schicken ihre Kinder in die Schulen, die durch ihre Steuern finanziert werden. Der Steuerflüchtling und die Steueroase unterwandern nun dieses Prinzip. **Verschiebt das Wohnsitzprinzip nicht einfach das Problem? Der Missbrauch wird dann halt durch Scheindomizile realisiert, Briefkastenfirmen, Auswanderung ohne physische Anwesenheit. Headquarters grosser Firmen machen sich legal ansässig, deren eigentliche steuerpflichtige Wertschöpfung aber im Ausland geschieht.**

Das alles sind doch offenkundig Versuche, das Wohnsitzprinzip zu unterlaufen oder, im Falle von Unternehmen, das Betriebsstättenprinzip. Es muss eine Form der Ansässigkeit geben. Sonst hat ein Staat

keinerlei Besteuerungsrecht. Steueroasen stehen in der berechtigten Kritik, weil sie natürliche oder juristische Personen besteuern, obwohl nicht der Hauch einer Ansässigkeit in diesem Land besteht. Wir haben es hier also mit rein pekuniärer Steuerflucht zu tun, um den Fall also, dass nur das Geld auswandert und keine Person oder ein Unternehmen mitkommt.

**Ist es demnach für den Ethiker okay, dass ein Deutscher in die Schweiz zieht, weil ihm in Deutschland die Steuern zu hoch sind?**

Das ist unproblematisch, solange er nicht privilegiert wird, etwa mit einem pauschalen Steuerabkommen. Auch solche Abkommen unterlaufen das Wohnsitzprinzip. Doch das ist weit weniger gravierend.

**Daraus müsste eigentlich folgen, dass auch der internationale Steuerwettbewerb legitim ist.**

Nein. Denn dabei handelt es sich gerade nicht um einen echten Wettbewerb, sondern um einen parasitären Pseudo-Wettbewerb, um einen Nicht-Leistungswettbewerb. Beide Seiten verhalten sich als Trittbrettfahrer. Der rein pekuniär Steuerflüchtige bleibt nach wie vor in seinem Ursprungsland wohnhaft und bezieht dort auch die Annehmlichkeiten, die sein Land zu bieten hat und die zu einem beträchtlichen Teil über Steuermittel finanziert werden. Doch er selbst entzieht sich seiner steuerlichen Bürgerpflichten und lastet seinen Mitbürgern entsprechend höhere Lasten auf. Auf der anderen Seite steht die Steueroase, die gigantische Beträge kassiert, ohne dass sie dafür irgendetwas hätte tun müssen. Eine «Leistung», die den Namen verdient, ist aufseiten der Steueroase nicht ersichtlich.

**Aus der Sicht des Steuerflüchtlings besteht diese Leistung in einem funktionierenden Rechtsstaat, in hoher politischer Stabilität und einem guten Service der Banken, auf deren Diskretion man sich verlassen kann.**

Einen «guten Service» bieten auch die Banken in Deutschland. Und «Diskre-

tion» gegenüber wem denn? Doch wohl in erster Linie gegenüber den Steuerbehörden, die aber nun einmal autorisiert sind zum Erhalt genau der Informationen, die der Steuerpflichtige verheimlichen will. Das ist auch so ein Scheinargument der Gegner des Informationsaustausches: der sogenannte Schutz der Privatsphäre. Es geht ja beim fiskalischen Informationsaustausch nicht darum, dass Bankdaten in Medien öffentlich gemacht werden, sondern allein um den Kenntnisstand autorisierter Behörden, die wiederum der Geheimnispflicht unterliegen. Da ohne diese Kenntnisse die Steuerpflichtigen nun einmal nicht gleichmässig und gesetzeskonform besteuert werden können, kann es keine fiskalische Privatsphäre geben. Die gilt für Arbeits-einkommen ja eh nicht. Als Arbeitnehmer sind wir alle vollständig steuertransparent. Was soll also diese Privilegierung von Kapitaleinkommen? Dann soll man doch gleich sagen, dass man Steuern auf Kapitaleinkommen abschaffen und durch Spenden ersetzen möchte.

**In einer Umfrage des «Sonntags-Blicks» sagen fast 60 Prozent, man solle die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung gegenüber ausländischen Behörden aufheben. Gleichzeitig sagen 56 Prozent, die Schweiz solle das Bankgeheimnis gegenüber dem Ausland möglichst hartnäckig verteidigen. Wie ist das erklärbar?**

In der Tat ein paradoxes Ergebnis. Die erste Zahl zeigt, dass die Schweizer es mehrheitlich für unmoralisch halten, wenn ihr Land trickreich in die legitime Steuersouveränität anderer Staaten eingreift. Ich habe daran nie gezweifelt. Die zweite Antwort ist wohl nur identitätspolitisch zu erklären. Irgendwie ist das Bankgeheimnis zur Folklore geworden. Offenkundig wird es von vielen Schweizerinnen und Schweizern, ganz pauschal und im Ungefähren, als Teil der nationalen Identität empfunden.

—  
**«Dass den Managern heute Integrität beigebracht werden muss, darüber besteht eine grosse Einigkeit.»**  
—

**Haben Sie eigentlich geahnt, dass Sie mit Ihren Äusserungen einen derartigen Wirbel auslösen würden?**

Nicht die Bohne! Echt nicht. Die Position, die ich in Berlin vertreten habe, äussern Peter Ulrich und ich ja schon seit bald zehn Jahren. Ich war schon sehr erstaunt über das Fotografengewitter in Berlin. Dieses galt allerdings allein Urs Roth von der Schweizerischen Bankiervereinigung, der ja höchstpersönlich erschien, was ich auch nicht wusste. Ich ahnte damals nicht, dass meine Aussagen überhaupt, und dann auch noch so verkürzt, in den Medien dargestellt und dann so missverstanden würden.

**Auf Ihrer Website bedauern Sie diese Reaktionen und schreiben: «Hätte ich dies vorher gewusst, hätte ich die Stellungnahme vor dem Finanzausschuss wohl nicht abgegeben.» Klingt nach Kapitulation.**

Ich bedaure nur das Nachspiel. Was ich in Berlin sagte, halte ich im Kern nach wie vor für richtig.

**Die Zahl der gehässigen Reaktionen zeigt, dass es vielen Schweizern in die Nase sticht, wenn ein Deutscher, der sein Geld in der Schweiz verdient, in Deutschland Positionen der offiziellen Schweiz kritisiert.**

Ich äussere mich ungern nochmals dazu, doch mit Verlaub: Ich mache meine Positionen nicht von meiner Nationalität abhängig. Dies wäre auch eine krasse Verletzung meines Ethos als Wissenschaftler. Und ich verbitte mir, dass man von mir verlangt, Schweizer Interessen ohne Begründung zu vertreten.

**Wird der Ethiker besser gehört, wenn**

**die Wirtschaft in der Krise steckt?**

Mag sein. Aber ich denke nicht in solchen Kategorien. Mein Unbehagen gegenüber dem reinen Markt reicht weit zurück, bis in meine Zeit als Gymnasiast. Aber ich habe fünfzehn Jahre gebraucht, um dieses Unbehagen zu formulieren und zu begründen. Ich verstehe mich als Aufklärer und hoffe, dass meine Forschung nicht l'art pour l'art bleibt.

**Der frühere HSG-Rektor Rolf Dubs fragte sich im «St. Galler Tagblatt»:**

**«Warum ist es in der Ausbildung der massgeblichen Führungskräfte nicht gelungen, die Studierenden zu einem vernünftigen ökonomischen Handeln zu erziehen?» Ihre Antwort?**

Die Ursache der Krise ist letztlich die Marktgläubigkeit. Und dazu gehört auch die Entfesselung der Gier. Früher hat man diese Radikalität des Wirtschaftens nicht gekannt, jedenfalls nicht in der Praxis. Dann hat man mit der Gewinnmaximierung Ernst gemacht und gesagt, dass die Investoren — die Shareholder — die einzig legitime Anspruchsgruppe sind. Aus dieser Optik sind die Manager die Agenten der Kapitaleigentümer und die Mitarbeiter nur noch Faktoren. Die Manager sollen alles tun, damit die Rendite so hoch wie möglich ausfällt. Zu hohe Renditen kann es da gar nicht geben, zu hohe Löhne schon.

**Offenbar hatte Ihre Aufklärungsarbeit an der HSG null Effekt.**

Das kann man so nicht sagen. Dass den Managern heute Integrität beigebracht werden muss, darüber besteht eine grosse und wachsende Einigkeit. Auch Rolf Dubs hat sich glasklar gegen die reine Gewinnmaximierung ausgesprochen. Dieser habe man an den Hochschulen, auch an der HSG, viel zu lange gehuldigt.

**Sie haben die HSG schon als Schule der Marktgläubigkeit bezeichnet und ihr eine Mitschuld an der Misere zugesprochen.**

Habe ich so nicht. An praktisch allen Wirtschaftsfakultäten wurde der Markt-

gläubigkeit gehuldt. Ich würde allerdings nicht von «Schuld» sprechen... ↳  
**Aber von Verantwortung, von Mitverantwortung.**

Das ist eine politische Argumentation, an der mir wenig liegt. Ich führe die fachliche Diskussion darüber, dass Gewinnmaximierung falsch ist. Es wird jetzt gerne von der Gier der Manager gesprochen. Aber was da als Gier bezeichnet wird, gilt in der ökonomischen Theorie einfach als «rational»! Da zeigt sich auch, wie tief der Ökonomismus, die Marktgläubigkeit sitzt.

**Sie sagten einmal, wer andere Ansätze verfolge, schaffe es als Wirtschaftswissenschaftler gar nicht erst in die wichtigen Publikationen.**

Es ist sehr schwierig, dieses Kartell vorgefertigter Grundannahmen zu durchbrechen. In anderen Disziplinen wie der Soziologie oder der Psychologie gibt und gab es schon immer widerstreitende Denkschulen, Pluralismus. Die Ökonomie aber ist heute mehr eine Wissenskirche als eine Wissenschaft. Marktkritische Sichtweisen hatten bislang keinen Platz.

**Sie sagten vorhin, man müsse den Managern Integrität beibringen. Wer soll das tun? Und wie?**

Integrität heisst für mich, das eigene Erfolgsstreben von dessen Legitimierbarkeit abhängig zu machen. Ansonsten würden wir unsere Mitmenschen nämlich zu Mitteln unseres Erfolgsstrebens degradieren. Als Wirtschaftsethiker geht es mir aber nicht um Wertevermittlung, nicht um Handlungsanweisungen, sondern um Aufklärung und Reflexion. Es geht nur darum, die impliziten Legitimationstheorien, auf denen das ökonomistische Denken beruht, kritisch zu hinterfragen. **Nehmen wir an, ein HSG-Abgänger denkt marktkritisch. Hängt es nun von seiner Persönlichkeit ab, oder das auch in der Bank tun wird, die immer noch auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist?**

Die Individualethik spielt sicher eine

Rolle, also die persönlichen Werte des Einzelnen. Diese werden an den Universitäten mitgeprägt. Doch viel wichtiger ist die Ordnungsethik, die Institutionenethik, die verantwortungsvolles Handeln stützt oder eben entmutigt. Damit sind die Gesetze gemeint, die Regeln, der Rechtsstaat. Wir wären alle überfordert, wenn wir nicht solche «institutionellen Rückenstützen» hätten, wie Peter Ulrich es nennt. Ohne Ordnungsethik wäre der Verantwortungsbewusste rasch der Dumme. Gute Ordnungsethik stützt das verantwortungsvolle Handeln von uns Bürgern als Wirtschaftsbürgern, als Managern, als Konsumenten, als Investoren.

**Braucht es solche Megakrisen, damit sich die Regeln verändern lassen?**

Die Krise hat sehr vieles in Bewegung gebracht. Nehmen Sie die Kehrtwende der Angela Merkel von der reinen Markthörigkeit zur «Gestaltung» der Globalisierung hin zu einer «menschlichen Marktwirtschaft». Das heisst: Wir, die Bürger, geben uns eine Ordnung, die sanktionsbewehrt ist. Man wird also bestraft, wenn man sie verletzt, weil wir wissen, dass wir uns sonst alle selbst moralisch überfordern.

**Sie glauben, die Elite denkt wirklich nachhaltig um?**

Ich antworte ungern prognostisch, aber ich denke schon. Wir sind am Beginn einer neuen Zeit. Die Marktgläubigkeit ist als allein selig machendes Paradigma gescheitert. Das heisst jedoch nur, dass die übersteigerte Sicht des Marktes als das Prinzip alles Guten und Richtigen gescheitert ist. Es heisst auch, dass der Markt auf allen Stufen der Moderierung und der Begrenzung bedarf. Und diese Einsicht macht sich jetzt auch bei den Führungskräften breit. Bei einem Referat vor Schweizer Verwaltungsräten hörte ich kürzlich: «Dankeschön, Herr Thielemann, ich finde sehr gut, was Sie da in Berlin gesagt haben.»

—  
«Wir sind am Beginn einer

neuen Zeit. Die Marktgläubigkeit ist als allein selig machendes Paradigma gescheitert.»

—  
**Es gibt eine Menge Leute, die Ethiker belächeln, die sagen, ach ihr wollt den guten Menschen kreieren, den werdet ihr nie hinkriegen, der Mensch wird immer bleiben, was er ist: ein egoistisch gesteuertes Wesen.** Das ist das Anti-Gutmensch-Argument. Dazu sage ich: Auf welcher Seite wollt ihr denn stehen? Auf der Seite der Mafia? Ausserdem stimmt es nicht. Die allermeisten Menschen sind keine rein egoistisch gesteuerten Wesen. Das Menschenbild des Homo oeconomicus, das von der Ökonomie propagiert wird, der Mensch also, der alles zu seinem Eigennutzen optimiert, der ist nicht nur moralisch nicht rechtfertigungsfähig, sondern er entspricht auch nicht dem Selbstverständnis eines normal sozialisierten Menschen.

**Freier Markt bedeutet doch nicht Mafia. Es gehört durchaus zum Marktparadigma selbst, dass der Marktteilnehmer sich moralisch verhält, gerade indem er seinen Vorteil sucht. Um Erfolg zu haben, muss er zuverlässig sein, er muss die Bedürfnisse der anderen berücksichtigen und so weiter. Der freie Markt, sagen seine Befürworter, bringt das Beste im Menschen hervor.**

Ich kann mir nur an den Kopf fassen. Meinen Sie wirklich ernst, was Sie da sagen?

**Wir referieren nur die Position des klassischen Liberalismus. Sie, Herr Thielemann, sagen ja lediglich: Gewinnmaximierung ist gescheitert. Aber unterhalb des Maximums ist ja noch viel Platz. Wo ist die Grenze des Gewinnstrebens?**

**Wo ist die Grenze der Freiheit?**

Eine Grenze lässt sich nicht pauschal benennen. Das ist auch gar nicht notwendig. Wer versteht, warum die Nutzenmaximierung ethisch gescheitert ist, dem ist auch zuzutrauen, dass er das Moralprinzip in seinem Handeln verantwortungsvoll befolgt. Man versteht dann schnell, dass das Vorteilsstreben einen nicht dazu bringt, die Bedürfnisse anderer zu berücksichtigen, sondern allein an deren Zahlungsfähigkeit oder Produktivität interessiert zu sein. Im reinen Markt kommt auch nicht einfach Freiheit zum Ausdruck, sondern die Willkürfreiheit des ökonomisch Stärkeren. Dies ist in der Tat ein Wohlstandserzeugungsprozess, aber er hat eben immense Kosten. Auf der Ebene der Gesellschaft bedeutet es, dass wir uns alle wechselseitig zum Mittel unseres ökonomischen Erfolgsstrebens machen. Das ist der Kern des Problems. Das verletzt unmittelbar den kategorischen Imperativ. Im «Reich der Zwecke», in der humanen Gesellschaft, hat alles «entweder einen Preis — oder Würde», so formulierte dies Immanuel Kant. Insofern ist der absolute Markt apodiktisch zurückzuweisen.

**Gut. Was ist die Alternative?**

Die Revitalisierung der sozialen Marktwirtschaft. Oder, mit Merkel: menschliche Marktwirtschaft. Ich hab da keine Rezepte, das ist auch nicht meine Aufgabe. Der Markt bedarf, wie ich sagte, der Moderierung, der Regulierung. Und die sollte so gestaltet sein, dass eben auch mehr Freiheit um sich greift. Die bisherige Marktfreiheit ist eine ganz enge Freiheit, die Freiheit nämlich, seine Marktmacht wahrzunehmen. Die Freiheit aber, auch mal querzudenken, innovativ zu sein, also nicht nur jenes Produkt anzubieten, das den höchsten Gewinn abwirft, die ist verschwunden. Ein Beispiel: Als die Firma Citroën daran ging, einen Nachfolger für diesen Gangsterwagen, den Traktion Avant, zu finden, hat man den Ingenieuren gesagt, ihr habt alle Freiheiten, macht, was ihr wollt. Heraus kam dieses flunder-

artige Fahrzeug, der DS, «die Göttin», voll von mehr oder minder nützlichen Innovationen, bei denen sich die Ingenieure austoben konnten. Ein Kunstwerk, das nur möglich war, weil der ökonomische Gesichtspunkt nicht der Einzige war. **In der Analyse dieser Krise ist viel Heuchelei im Spiel. Alle zeigen mit dem Finger auf die gierigen Manager, auf die Bosse, auf die entfesselte Wirtschaft und rufen nach der Politik als Regulator. Vergessen geht: Es waren die Vorgaben der Politik, die diese Krise erst ermöglichten.**

Woran denken Sie?

**Kern der Misere ist die amerikanische Kreditkrise. Diese wurde ausgelöst durch Greenspans Geldpolitik, durch Bushs Steuersenkungen und durch das sozialpolitische Programm, ärmeren Schichten in den USA den Zugang zu Immobilien zu ermöglichen. Dem Marktversagen ging ein Politikversagen voraus.**

Richtig. Aber ich bleibe bei der These, die tiefere Ursache ist die Marktgläubigkeit, auf allen Ebenen. Bei den Investoren, die Rendite verlangt haben, was das Zeug hält, bei den Managern, die diesem Zweck unhinterfragt zugearbeitet haben. Und, vor allem auch bei den Politikern. Die Politik war vollständig marktgläubig. Politik bestand für lange Zeit darin, sich attraktiv zu machen fürs global vagabundierende Kapital. Politik gleich Standortpolitik. Der deutsche Bundespräsident sagte: Vorfahrt fürs Arbeit. Das heisst de facto: Vorfahrt fürs Kapital. Denn das Kapital schafft die Arbeitsplätze. Darum hat man auch die Han-

delbarkeit von Investitionen vorangetrieben, ohne die keine Blase entstehen kann. Denn dann ist ja mehr Kapital im Spiel. Also: Marktgläubigkeit auf allen Stufen.

**In dieser Krise fühlt sich der Bürger betrogen von «denen da oben». Aber haben wir nicht alle mitgemacht? Sind wir nicht alle schuld? Und haben wir nicht alle auch profitiert?**

Zwei Antworten. Die Frage der individuellen Schuld würde ich selbst nie stellen. In komplexen Zusammenhängen gibt es praktisch nie klar identifizierbare Verantwortliche. Die Leute wünschen sich Schuldige, klar, aber es gibt sie nicht. Sehr viele haben mitgewirkt, sehr viele auch im Glauben, dass das alles ethisch richtig ist. Zweitens: Nein, wir haben nicht alle davon profitiert. No way. Die volkswirtschaftliche Wertschöpfung ist massiv zugunsten des Kapitals und des Managements umgeleitet worden. Und die vorherrschende Philosophie, dass jeder sein eigener Lebensunternehmer und Verwalter seines Humankapitals ist, hat viele Menschen unfrei gemacht. Hat sie in Abhängigkeiten geführt. Hat sie vor allem überfordert. Wie gesagt, der «schöpferische» Markt bringt immer auch Zerstörung mit sich. Nein, wir haben ganz sicher nicht alle profitiert.

**Aber wir haben alle daran geglaubt.**

Nicht alle haben daran geglaubt. Ich zum Beispiel nicht. ●

**MARTIN BEGLINGER** ist Redaktor,  
**GUIDO MINGELS** stv. Chefredaktor  
des «Magazins». [guida.mingels@dasmagazin.ch](mailto:guida.mingels@dasmagazin.ch)  
**GIAN-MARCO CASTELBERG** fotografiert  
regelmässig für «Das Magazin».  
[info@gmcastelberg](mailto:info@gmcastelberg)